

Positionspapier

Im Fokus: Arbeits- und Fachkräftesicherung im Einzelhandel

Arbeit & Soziales, Bildung | Januar 2023

Hintergrund

- Trotz der multiplen Krisen und eines insgesamt dadurch sehr schwierigen wirtschaftspolitischen Umfeldes kann die Branche die Gesamtbeschäftigung im Einzelhandel weiter steigern. Im Einzelhandel sind nach aktuellen Erhebungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) mehr als 3,1 Millionen Menschen beschäftigt. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wuchs in der Branche im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2019 (Stichtag: 30.06.) nochmals um rund 70.000 Stellen an.
- Der Einzelhandel ist auch einer der größten Ausbilder in Deutschland und hat während der Pandemie sein Stellenangebot ausgebaut. Die BA verzeichnete 2022 insgesamt 528.300 gemeldete betriebliche Ausbildungsstellen, hiervon entfielen 13% auf die beiden Ausbildungsberufe Kaufleute im Einzelhandel und Verkäufer. Auf Platz 8 im Ausbildungsmarktranking der BA standen die Abiturientenprogramme des Handels mit 11.400 Stellenangeboten, bei denen die Teilnehmer bis zu drei Abschlüsse in drei Jahren erreichen können: Ausbildung, Fortbildung, Ausbilderschein. Für junge Menschen bietet der Einzelhandel mehr als 60 Ausbildungsberufe sowie verschiedene Abiturientenprogramme und duale Studiengänge

Aktuelle Lage

- Der branchenübergreifende Arbeits- und Fachkräftemangel intensiviert sich von Jahr zu Jahr weiter und schlägt auf den Einzelhandel durch. Trotz der hohen Gesamtbeschäftigung in der Branche, haben Handelsunternehmen im Dezember 2022 zusätzlich rund 51.000 weitere offene Stellen bei der BA gemeldet.
- Zudem wird die demografische Entwicklung die Problematik um unbesetzte Ausbildungsstellen zukünftig weiter verschärfen, so verzeichnet die BA bereits seit 2017 in ihrer Ausbildungsmarktstatistik einen Bewerberrückgang.
- Der Arbeits- und Fachkräftemangel ist einer der größten Bremsklötze für Wirtschaftswachstum und erschwert zusätzlich die Finanzierung der Sozialversicherung. Es handelt sich dabei also um eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.
- Die im Oktober 2022 vorgestellte Fachkräftestrategie der Bundesregierung will u.a. mit gezielter Weiterbildung, der Hebung von Arbeitspotenzialen und moderner Einwanderungspolitik dem Mangel entgegenwirken. Im November 2022 hat das Bundeskabinett „Eckpunkte zur Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten“ und das BMAS Anfang 2023 einen Entwurf für ein Weiterbildungsgesetz inkl. Bildungs(teil)zeit, Qualifizierungsgeld und einer sog. „Ausbildungsgarantie“ vorgelegt.

Position & Forderungen an die Politik

- Die Politik muss die wachsenden Herausforderungen bei der Stellenbesetzung fortan noch stärker in den Blick nehmen und aktiv werden, damit die Unternehmen ihren Fachkräftebedarf perspektivisch weiter decken können.
- Dabei ist es von zentraler Bedeutung jungen Menschen die Attraktivität der dualen Berufsausbildung sowie die sehr guten Aufstiegschancen im Handel besser zu kommunizieren. Die Vielfalt und Möglichkeiten werden den Schüler:innen, Studienzweiflern, Eltern und Lehrkräften auf der neuen Berufsorientierungswebsite www.karriere-handel.de aufgezeigt.
- Der Handelsverband Nord fordert außerdem eine verlässliche Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen und den Ausbau von digitalen Angeboten. Die beruflichen Schulen sollen als Partner der ausbildenden Handelsunternehmen attraktiver werden. Dabei geht es um eine Investitions- und Innovationsoffensive bei den Ausbildungskonzepten, die moderne technische Ausstattung und um Weiterbildungen für Lehrkräfte. Bund und Länder sind hier gemeinsam gefordert.
- Es bedarf eines modernen Arbeitszeitrahmens mit einem Wechsel von einer täglichen zu einer wöchentlichen Arbeitszeit direkt im Arbeitszeitgesetz. Dies ist neben dem Ausbau qualitativer Betreuungsangebote ein zentraler Baustein, um die wichtige „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ zu verbessern und die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu fördern. Zudem müssen Arbeitgeber bei der Anstellung von schwerbehinderten Menschen stärker unterstützt werden. Weitere Anreize für eine Frühverrentung („Rente mit 63“) sind nicht zielführend, weil sie dem Arbeitsmarkt unnötig Potentiale entziehen.
- Weiterbildungsgesetz: Der Handelsverband Nord lehnt die bis zu zweijährige Bildungsteilzeit mit einer Entgeltersatzleistung über die BA in Höhe des Arbeitslosengeldes ab, da dies Fehlanreize für Teilzeit setzen würde. Der Arbeitgeber muss dies richtigerweise ablehnen können. Dabei muss es auch bleiben. Beitragssteigerungen in der Arbeitslosenversicherung sind keinesfalls gerechtfertigt. Das Vorhaben müsste in jedem Fall aus Steuermitteln finanziert werden. Auch die Schaffung der sog. Ausbildungsgarantie ist nur sehr schwer nachvollziehbar. Denn das Angebot an Ausbildungsplätzen übersteigt die Anzahl an Bewerbern deutlich. Zudem wird die demografische Entwicklung die Problematik verschärfen. Sinnvoll seien hingegen die Flexibilisierung bei der Einstiegsqualifizierung sowie auch die Einführung eines Berufsorientierungspraktikums.
- Zuwanderung: Es ist richtig, dass die Bundesregierung laut Eckpunkte zur Fachkräfteeinwanderung die Einreise nur mit Berufserfahrung und ohne formale Anerkennung ermöglichen will. Diese Änderung käme nicht reglementierten Berufen (wie im Einzelhandel) zugute. Wichtig ist auch, dass die Maßnahmen zur Beschleunigung, Digitalisierung und Transparenz der Verwaltungsverfahren umgesetzt werden. Zudem muss weltweit das Beratungsangebot verbessert werden.